

Satzung der Alzheimer Gesellschaft Kreis Plön

§1 Name, Sitz, Geschäftsjahr, Mitgliedschaften des Vereins

1. Der Verein soll den Namen „Alzheimer Gesellschaft Kreis Plön- Selbsthilfe Demenz“ führen. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Kossau.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
5. Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand ist im Kreis Plön.
6. Der Verein soll Mitglied im Bundesverband „Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.“ werden.
7. Der Verein soll Mitglied im Landesverband „Alzheimer Gesellschaft Schleswig-Holstein e.V.“ werden.

§2 Zweck des Vereins

1. Der Verein versteht sich als Interessenvertretung für alle an der Alzheimer Krankheit oder an anderen Demenzen erkrankten Menschen. Der Verein fördert, entwickelt und unterstützt Hilfen, die den betroffenen Menschen ein weitgehend selbstbestimmtes würdiges Leben und Sterben in den unterschiedlichen Strukturen ermöglichen.
2. Der Verein will insbesondere: - Verständnis, Hilfsbereitschaft und Engagement in der Bevölkerung durch Information und Öffentlichkeitsarbeit fördern - Möglichkeiten der Krankheitsbewältigung bei den Betroffenen verbessern - die Angehörigen und alle an der Betreuung, Behandlung und Forschung beteiligten Berufsgruppen einbeziehen und deren Zusammenarbeit fördern - die Selbsthilfefähigkeit bei den Angehörigen stärken - neue Betreuungsformen anregen, unterstützen und erproben - zur Verbreitung und Etablierung sich bewährender Betreuungsformen beitragen - für die Betreuenden durch Aufklärung, emotionale Unterstützung und öffentliche Hilfen Entlastung schaffen und zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Betreuungsgesetz beitragen - Gesundheits- und sozialpolitische Initiativen anregen -regionale Zusammenkünfte, Vorträge und Fachtagungen veranstalten -finanzielle Mittel zur Förderung der Vereinsziele erschließen - in der „Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V.“ mitarbeiten - im Landesverband „Alzheimer Gesellschaft Schleswig-Holstein e.V.“ mitarbeiten
3. Der Verein ist offen für alle konfessionellen, politischen und weltanschaulichen Haltungen. Grundlage der Arbeit ist die Überzeugung vom Wert des behinderten Lebens.

§3 Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche volljährige Person werden, jeder rechtsfähige Verein und juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts. Rechtsfähige Vereine und juristische Personen müssen die Leitsätze

der Deutschen Alzheimer Gesellschaft für die Zusammenarbeit mit Personen des öffentlichen und privaten Rechts – Wirtschaftsunternehmen und Organisationen, insbesondere mit Unternehmen der pharmazeutischen Industrie schriftlich akzeptiert haben.

2. Über die Aufnahme entscheidet nach schriftlichem Antrag der Vorstand.
3. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tage der Zustimmung durch den Vorstand.
4. Jedes Mitglied hat das volle aktive und passive Wahlrecht. 5. Die Mitgliedschaft endet durch Tod oder Austritt des Mitgliedes oder gemäß Satz 6 und 8. Ein Mitglied kann durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand zum Ende des Kalenderjahres aus dem Verein austreten. Die Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen.
6. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz einmaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrages im Rückstand ist. Die Streichung darf erst dann erfolgen, wenn nach Absendung des Mahnschreibens drei Monate verstrichen sind und die Beitragsschulden nicht beglichen wurden. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen
7. Verletzt ein Mitglied die Interessen des Vereins, kann der Vorstand mit mindestens 4/5 der abgegebenen Stimmen beschließen, dass die Mitgliedschaft ruht. Der Beschluss gilt bis zur nächsten Mitgliederversammlung.
8. Die Mitgliederversammlung beschließt nach Bericht des Vorstandes und nach Möglichkeit zur Stellungnahme durch das betreffende Mitglied über den Ausschluss oder die weitere Mitgliedschaft mit mindestens 2/3 der anwesenden Stimmen. Der Ausschluss wird wirksam zwei Tage nach Zusendung des entsprechenden Beschlusses.
9. Der Verein hat ordentliche Mitglieder und Förderer. Förderer kann jede volljährige natürliche und juristische Person werden, die bereit ist, die Ziele und Aufgaben der Alzheimer Gesellschaft Kreis Plön zu fördern. Förderer unterstützen die Arbeit der Alzheimer Gesellschaft Kreis Plön durch Beiträge und Spenden; sie erlangen keinen Mitgliedsstatus.

§4 Mitgliedsbeitrag

1. Der Verein erhebt einen Jahresbeitrag, dessen Höhe und Fälligkeit die Mitgliederversammlung beschließt.
2. Der Jahresbeitrag wird im Lastschriftverfahren eingezogen bzw. ist durch Überweisung zu entrichten. Für die Rechtzeitigkeit der Zahlung ist der Eingang auf das Vereinskonto maßgeblich.

§5 Mitgliederversammlung

1. Jedes Mitglied hat das Recht zur Teilnahme und das Rederecht.
2. Jedes Mitglied hat in der Mitgliederversammlung eine nicht übertragbare Stimme.
3. Jeder Förderer wird zur Mitgliederversammlung eingeladen und hat ein Rederecht.
4. Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:
 - a. Entgegennahme des Berichtes des Vorstandes

- b. Entgegennahme des Jahres- und Kassenberichts sowie des Berichts der KassenprüferInnen
 - c. Entlastung des Vorstandes
 - d. Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit des Beitrages
 - e. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes
 - f. Wahl der Kassenprüfer
 - g. Entscheidung über Ausschluss eines Mitgliedes
 - h. Beschlussfassung über Änderung der Satzung
 - i. Beschlussfassung über Auflösung des Vereins
 - j. Beschlussfassung über Anschluss an andere Organisationen
 - k. Wahl von Delegierten für die Delegiertenversammlung des Bundesverbandes. Anzahl und Dauer der Amtsperiode richtet sich nach der Satzung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft.
5. Die Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt; möglichst innerhalb der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres.
 6. Außerordentliche Mitgliederversammlungen finden statt, wenn dies im Interesse des Vereins erforderlich ist oder wenn die Einberufung einer derartigen Versammlung von 1/5 der Mitglieder schriftlich vom Vorstand verlangt wird; dabei müssen die Gründe angegeben werden.
 7. Soweit die Satzung nicht anders bestimmt, ist jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung beschlussfähig.
 8. Für einen Beschluss über eine Satzungsänderung ist eine Mehrheit von mindestens 2/3, für einen Beschluss zur Auflösung des Vereins ist eine solche von 3/4 der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

§6 Einberufung von Mitgliederversammlungen

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand schriftlich durch einfachen Brief an die zuletzt dem Verein bekannt gegebene Anschrift einberufen. Die Einladung gilt zwei Tage nach Versendung als zugegangen.
2. Die Einberufungsfrist beträgt mindestens drei Wochen.
3. Die Einladung muss die Tagesordnung und Beschlussvorschläge enthalten, worüber Beschlüsse gefasst werden sollen.
4. Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung sind dem Vorstand mit Begründung mindestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung schriftlich einzureichen. Der Vorstand hat die Anträge der Mitgliederversammlung zur Entscheidung darüber

- vorzulegen, ob die Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden.
5. Anträge auf Änderung der Satzung, Änderung des Vereinszweckes oder auf Auflösung des Vereins können nicht nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden.

§7 Ablauf der Mitgliederversammlungen

1. Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet. Sind alle Vorstandsmitglieder verhindert, wählt die Mitgliederversammlung eine Versammlungsleitung. Diese bestimmt die Protokollführung.
2. Durch Beschluss der Mitglieder kann die vom Vorstand festgelegte Tagesordnung geändert und ergänzt werden.
3. Über die Annahme von Beschlussanträgen entscheiden die Mitglieder mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.
4. Abstimmungen erfolgen grundsätzlich durch Handzeichen; wenn 1/3 der erschienenen Mitglieder dies verlangt, muss schriftlich abgestimmt werden. Personenentscheidungen werden in geheimer Wahl durchgeführt, wenn mindestens ein Mitglied dies verlangt.

§8 Beschlüsse

Beschlüsse sind unter Angabe des Ortes und der Zeit der Versammlung sowie des Abstimmungsergebnisses in der Niederschrift festzuhalten; die Niederschrift ist von der Versammlungsleitung und der Protokollführung zu unterschreiben.

§9 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus zwei bis sieben Mitgliedern. Über Zahl und Funktion beschließt die Mitgliederversammlung bei der Neuwahl des Vorstands.
2. Der Verein wird durch zwei erste Vorsitzende gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Die beiden Vorsitzenden sind einzeln zur Vertretung des Vereins berechtigt.
3. Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt; sie bleiben jedoch auch nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zur Neuwahl im Amt. Die Wiederwahl ist zulässig.
4. Tritt ein Vorstandsmitglied zurück oder scheidet aus sonstigen Gründen aus, so bestimmt der verbleibende Vorstand aus den Vereinsmitgliedern eine kommissarische Vertretung für die restliche Amtszeit bis zur Neuwahl. Die Neuwahl hat spätestens bei der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung zu erfolgen. Eine Verlängerung der kommissarischen Ausübung ist nicht zulässig.
5. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder

anwesend ist. Der Vorstand führt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung aus und fasst Beschlüsse, die nicht ausdrücklich der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.

6. Der Vorstand entscheidet insbesondere über den Jahresetat und die Jahresrechnung.
7. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit den Stimmen der Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheiden die beiden Vorstandsvorsitzenden einstimmig.
8. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, und einen schriftlichen Verteilungsplan. Dieser regelt die Aufgaben der Vorstandsmitglieder nach den Geschäftsbereichen. Hieraus resultiert eine gegenseitige Überwachungspflicht hinsichtlich der zugewiesenen Aufgaben. Der Vorstand kann zu seiner Beratung einen Beirat berufen.

§ 10 Kassenprüfung

Zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung gem. § 6 findet die Kassenprüfung statt. Es werden zwei Kassenprüfer/innen gewählt. Kassenprüfer/in kann nur werden, wer die Mitgliedschaft inne hat und nicht im Vorstand des Vereins tätig ist. Die Amtszeit der Kassenprüfer/innen beträgt zwei Jahre. Sie sollen so gewählt werden, dass sich ihre Amtszeiten jeweils um ein Jahr überschneiden. Eine direkte Wiederwahl der Kassenprüfer/innen ist nicht zulässig.

§ 11 Sicherung des mildtätigen Zweckes

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabeordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Die Mitglieder dürfen bei ihrem Ausscheiden oder bei der Auflösung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Vereinsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a EStG („Ehrenamtszuschale“) ausgeübt werden. Der Anspruch auf Erstattung der Aufwendungen nach § 670 BGB bleibt hiervon unberührt. Der Vorstand ist berechtigt, zu seiner Unterstützung eine Geschäftsstelle einzurichten und das dafür notwendige Hilfspersonal einzustellen. Die tatsächliche Geschäftsführung ist auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der Zwecke und Ziele nach § 2 gerichtet und hat den Nachweis darüber durch ordnungsgemäße Buchführung zu führen. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V., die es unmittelbar und ausschließlich für mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

§ 12 Datenschutz

Personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder des Vereins werden zur Erfüllung der satzungsmäßigen Ziele und Aufgaben des Vereins unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), gespeichert, übermittelt und verändert.

Jeder Betroffene hat ein Recht auf:

- a. Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten sowie den Zweck der Speicherung;
- b. Berichtigung der zu seiner Person gespeicherten Daten, sofern sie unrichtig sind;
- c. Sperrung der zu seiner Person gespeicherten Daten, soweit ihre Richtigkeit vom Betroffenen bestritten wird und sich weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit feststellen lassen;
- d. Löschung der zu seiner Person gespeicherten Daten, sofern die Speicherung unzulässig war.

Sowohl den Organen des Vereins als auch den Amtsträgern und Mitarbeitern des Vereins ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als den zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zwecken zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sie sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht über das Ausscheiden des oben genannten Personenkreises aus dem Verein hinaus.

Kossau, 29.05.2012

Die geänderten Bestimmungen stimmen mit dem Beschluss über die Satzungsänderung vom 28.11.2017, die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt eingereichten vollständigen Wortlaut der neuen Satzung und, wenn die Satzung geändert worden ist, ohne dass ein vollständiger Wortlaut der Satzung eingereicht wurde, auch mit den zuvor eingereichten Änderungen überein.

Kossau, 28.11.2017

- Unrichtigkeit feststellen lassen;
- d. Löschung der zu seiner Person gespeicherten Daten, sofern die Speicherung unzulässig war.

Sowohl den Organen des Vereins als auch den Amtsträgern und Mitarbeitern des Vereins ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als den zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zwecken zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sie sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht über das Ausscheiden des oben genannten Personenkreises aus dem Verein hinaus.

Kossau, 03.12.2017

"Die geänderten Bestimmungen stimmen mit dem Beschluss über die Satzungsänderung vom 28.11.2017, die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt eingereichten vollständigen Wortlaut der neuen Satzung und, wenn die Satzung geändert worden ist, ohne dass ein vollständiger Wortlaut der Satzung eingereicht wurde, auch mit den zuvor eingereichten Änderungen überein."



Versammlungsleitung



Protokollführung